



NABU.de Themen Siedlungsentwicklung, Bauen Innovation

Schrumpfende Regionen als Chance sehen

Junge Menschen verlassen neue Bundesländer - Was tun im ländlichen Raum?



Die Zahl der Kinder in den neuen Bundesländern nimmt weiter ab.

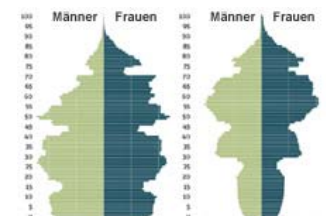
Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat im Auftrag des Brandenburgischen Landtages ein Gutachten zum Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels erstellt. Es enthält Handlungsempfehlungen, die für alle betroffenen Gebiete im Osten Deutschlands hilfreich sein können.

Sämtliche neue Bundesländer leiden unter massiven demografischen Problemen: Über 1,5 Millionen vor allem junge und talentierte Menschen sind seit der Wende abgewandert, darunter deutlich mehr Frauen als Männer. Die heutigen 2,5 Millionen Brandenburgerinnen und Brandenburger haben weniger Kinder als noch vor der Wende und streben tendenziell in die Zentren, in denen sie noch eine angemessene Infrastruktur finden: Schulen, Universitäten, Krankenhäuser oder kulturelle Einrichtungen.

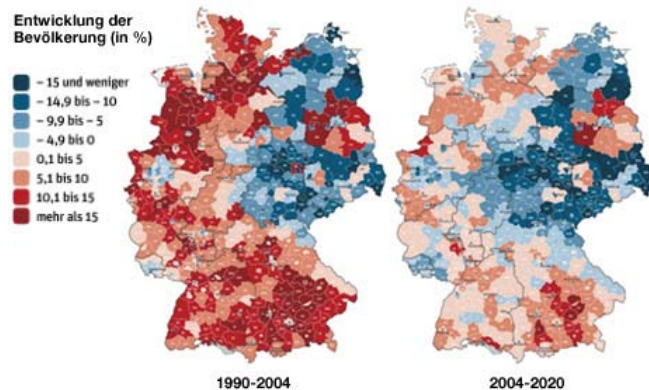
Die entlegenen Gebiete, wo Postamt und Sparkasse abgezogen sind, Busse und Bahnen kaum noch fahren und die Schulen geschlossen wurden (über 2.000 seit der Wende in allen neuen Bundesländern), bluten regelrecht aus.

Programmierte Verluste

Brandenburg dürfte zwischen 2004 und 2030 rund 13 Prozent seiner Bevölkerung verlieren. Es ist zu erwarten, dass sich die Entwicklung danach weiter beschleunigt, denn bis zum Jahr 2030 wird sich die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter halbiert haben. Die zum Teil starken Bevölkerungsverluste sind mittelfristig irreversibel. Wer zurückbleibt, ist oft sozial schwach, einkommensschwach, wenig mobil, häufig von Transferleistungen abhängig - also ein Versorgungsfall. Demografische Probleme ziehen somit ernste soziale und wirtschaftliche Probleme nach sich.



Verhältnis zwischen Männern und Frauen 1990 und 2020 in Sachsen-Anhalt



Bei der Analyse der Situation wird deutlich, dass die Probleme außerordentlich vielfältig sind und Politiker wie auch Bürger ratlos machen können. Das Gutachten zeigt, dass es unmöglich ist, alle Einzelprobleme separat zu lösen. Einzellösungen führen obendrein selten zum Erfolg, schon allein deshalb, weil das, was für das eine politische Ressort eine Lösung darstellt, für das andere oft eine Problemverschärfung bedeutet. Zum Beispiel entlasten Schulschließungen das Finanzressort, bedeuten aber neue Probleme für die Lokal- und Bildungspolitik. Die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes mag das Wirtschaftsressort befürworten, rechnet sich aber nur in seltenen Fällen für die Kommune.

Die Suche nach den Problemknoten

Die wichtigsten Problemknoten liegen im Bereich der Bildung und der Autonomie. Gebildete Menschen gründen eher Unternehmen als ungebildete, zahlen mehr Steuern, sind weniger krank, geben mehr Geld aus, sind aktiver in der Bürgergesellschaft und eher in der Lage eigenverantwortlich zu handeln. Umgekehrt ist mangelnde Bildung die Hauptursache für Kriminalität, für hohe Arbeitslosigkeit und für Rechtsradikalismus. Bildung steht also im Zentrum aller wirtschaftlichen und demografischen Probleme Brandenburgs.



Grund für Abwanderung aus dem ländlichen Raum: Bildungseinrichtungen in den Zentren.

Absurderweise verzeichnet Brandenburg trotz der massiven Abwanderung junger Menschen eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Der Grund dafür ist mangelnde Bildung, vor allem männlicher Jugendlicher. Auch die überproportionale Abwanderung junger Frauen ist



eine Bildungsfrage. Denn junge Frauen sind weitaus besser qualifiziert als ihre männlichen Altersgenossen, machen zu 50 Prozent häufiger Abitur und haben deshalb anderenorts bessere Chancen. Vor allem aber: Sie finden in den neuen Bundesländern immer seltener adäquate Lebenspartner, die sich auf gleichem Bildungsniveau bewegen (siehe dazu die Studie "Not am Mann" des Berlin-Instituts).



Die Landesregierungen der neuen Länder haben immer wieder versucht, Haltefaktoren für die Menschen im Lande zu identifizieren, mit denen sie die fatale Abwanderung bremsen könnten. Das Problem dabei ist, dass der wichtigste Haltefaktor in den peripheren Gebieten ausgerechnet die mangelnde Bildung (vor allem junger Männer) geworden ist. Sie haben oft nicht einmal einen Hauptschulabschluss in der Tasche, kaum eine Zukunftschance und werden so zu jenen Bürgern, die eine Abwärtsspirale weiter ankurbeln. Angesichts der rückläufigen Einwohnerzahlen in den entlegenen Regionen sagt die Landesregierung Brandenburgs zu Recht: Wir müssen uns auf Kerne konzentrieren, zurückbauen und gesundschrumpfen.

Anzahl Frauen je
Männer

Verantwortung auf die Bürger übertragen

An dieser Stelle kommt der zweite Problemerknoten ins Spiel: die Autonomie. Erst Autonomie macht es möglich, die Probleme auch vor Ort zu lösen, also dort, wo sie erkennbar und behandelbar sind. Dies wiederum kann nur funktionieren, wenn die Betroffenen (Landräte, Bürgermeister wie Bürger) mehr Entscheidungsautonomie, aber auch mehr Finanzautonomie erhalten. Das Gutachten sagt: Die Regionen, die Kommunen müssen die Möglichkeit bekommen, zu zeigen, was sie mit und aus dem Vorhandenen machen können. Erst danach, möglichst nach Begutachtung durch eine unabhängige Kommission geprüft hat, sollte die Landesregierung entscheiden, wie die Fördermittel regional zu verteilen sind. Auch Zielvereinbarungen zwischen Kommunen und Region oder Region und Land stellen ein vernünftiges Instrument dar. Siehe hierzu den Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge:

» Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge

Entscheidungen von oben, welche Leuchttürme wo zu leuchten haben, sind wenig tauglich. Vor allem auch, weil bisherige Strategien als Antwort auf demografische Schrumpfprozesse häufig auf alten Konzepten von Wirtschaftswachstum, Gewerbe- und Neubaugebieten beruhen, die in besagten Problemregionen gar nicht funktionieren können. Beispielsweise sollten bei der Ansiedlung von Gewerbe zunächst nur bereits erschlossene, brachliegende Flächen in Anspruch genommen werden. Davon gibt es in stark schrumpfenden Regionen in der Regel genug. Eine staatliche finanzielle Unterstützung für Grüne-Wiese-Projekte jedenfalls ist auszuschließen. Denn wenn die Bevölkerung dauerhaft schrumpft, ist es wenig sinnvoll, Städte und Gemeinden baulich und infrastrukturell weiter zu vergrößern. Stattdessen sollten die Programme zum Stadtbau und zur Stadtsanierung ausgebaut und stärker als bisher mit sozialen und ökologischen Mindestanforderungen verknüpft werden.

Systemsprünge fördern

Dringend notwendig sind so genannte System sprünge - also Sprünge zu Systemen, die ganz anders aussehen als bisher, aber die gleiche, womöglich sogar eine bessere Leistung liefern: Eine Schule ist dann kein Gebäude mehr mit einer definierten Klassenfrequenz oder einer Schüler-Lehrer-Relation, sondern eine Dienstleistung für die Bildung junger Menschen. So können hervorragende Zwergschulen entstehen, in denen fünf Kinder die einzige Klasse einer Grundschule besuchen, voneinander lernen, Verantwortung für Kleinere übernehmen - vor allem in der Nähe ihres Wohnortes zur Schule gehen können.



In Brandenburg sind viele
Alleen erhalten.

Ein anderes Beispiel ist Naturschutz: Naturlandschaften wie sie nur in Ostdeutschland (wieder) möglich sind, können als Chance begriffen werden. Echte Naturerlebnisse fernab der Zivilisation können so zu einem Alleinstellungsmerkmal der regionalen Tourismusindustrie werden. Naturräume, die sich selbst überlassen werden, erbringen wichtige ökologische und ökonomische Leistungen, wie Klimaschutz, weil neu entstehende Feuchtgebiete, Flusslandschaften, Moore und Wälder Kohlendioxid binden. Sie füllen Grundwasser-Reservoirs auf, bieten vielen bedrohten Tier- und Pflanzenarten neue Lebensräume und sorgen für ein neues Gleichgewicht der Arten.

Großflächige Naturräume oder sehr extensiv genutzte Kulturlandschaften (Weidelandschaften), wie sie praktisch nur in Teilen Ostdeutschlands möglich sind, sind Voraussetzung für die Wiederansiedlung großer Säugetiere. Nachhaltiger Tourismus, Naturschutz oder extensive Landwirtschaft bieten selbstverständlich punktuell nicht so viele Arbeitsplätze wie so manche Industrieansiedlung. Angesichts der faktischen und dauerhaften Deindustrialisierung in den stark schrumpfenden Regionen, dürfte jedoch die wirtschaftliche Zukunft dieser Landesteile gerade "in der Fläche" und somit einer nachhaltigen Raumentwicklung und Landnutzung liegen.



Gewinn für den Naturschutz:

Die Landesregierungen der neuen Bundesländer sollten erkennen, dass sie der Herausforderung nur begegnen können, wenn sie ihren Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen schenken, dass diese die notwendigen Ideen und Konzepte mit entwickeln können. Nur dann könnten die neuen Länder zum Vorreiter zu einer neuen, nachhaltigen Entwicklung werden, von der zeitversetzt auch künftige Schwundregionen in den alten Bundesländern profitieren werden.

In der Muskauer Heide gibt es wieder Wolfsrudel.

Links und Literatur:

[Not am Mann](#) , Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Von Steffen Kröhnert, Reiner Klingholz, Berlin-Institut

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: [Bevölkerungsprognose und reginoaldemographische Informationen](#)

Deutsches Institut für Urbanistik: "Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse?" unter [DIFU-Publikationen](#)

[Schrumpfende Städte - Shrinking Cities](#)

Ansprechpartner:

Dr. Reiner Klingholz

Berlin-Institut

info@berlin-institut.org

Ulrich Kriese

Siedlungspolitischer Sprecher des NABU

ulrich.kriese@nabu.de

Beitrag erstellt am 26. März 2008.